

Wissenschaftsgesellschaft ©CDU

Arbeit für alle ©CDU

Starkes Europa – Friedliche Welt ©CDU

# Zuversicht für Deutschland ©CDU

Generationengerechtigkeit ©CDU

Vorfahrt für Familien ©CDU

Aktive Bürger – Starker Staat ©CDU

Globalisierung menschlich gestalten ©CDU

Lebenswerte Umwelt ©CDU

Zwei Jahre Bundesregierung Merkel.

**CDU**



## Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

seit zwei Jahren ist die unionsgeführte Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel im Amt. Zwei Jahre haben wir noch vor uns. Bereits in der ersten Halbzeit haben wir viel erreicht. Die Wirtschaft ist im Aufschwung, die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich deutlich verbessert und bereits der Haushalt 2007 wird mit der geringsten Neuverschuldung seit der Deutschen Einheit auskommen. Wir können heute sagen: Der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren, Investieren bewährt sich.

Deutschland ist wieder auf dem richtigen Weg. Deutschland hat wieder neue Zuversicht gewonnen. Viele Menschen blicken optimistischer in die Zukunft als noch vor zwei Jahren. Unternehmergeist und Motivation haben bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wieder die Oberhand gewonnen. Heute sehen viele Menschen bei ihren Vorhaben eher die Chancen als die Risiken.

Diese Zuversicht kommt nicht von ungefähr. Diese Zuversicht gründet auf Erfolgen – im Privaten ebenso wie in der Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt. Das Urheberrecht (Copyright) für die zentralen politischen Entscheidungen, die hierfür nötig waren, liegt bei uns Christlichen Demokraten. Nehmen Sie die sinkenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Unternehmensteuerreform, die Einführung des Elterngeldes, den Einstieg in die Haushaltskonsolidierung oder die ehrgeizigen Ziele zur Bewahrung der Schöpfung und des Klimas.

Stolz können wir auch darauf sein, dass es uns gelungen ist, Politik wieder verlässlicher und berechenbarer zu machen. Das ständige Nachbessern der rot-grünen Vorgängerregierung gehört der Vergangenheit an. Ein Blick in die vor Ihnen liegende Broschüre wird Ihnen schnell zeigen: Die Union hat viel erreicht. Die Union hat aber auch noch viel vor. In den nächsten zwei Jahren wird es darauf ankommen, aus Deutschland eine echte Chancengesellschaft zu machen.

Wir Christdemokraten wollen Arbeit und Teilhabe für alle. „Zuversicht für Deutschland<sup>©CDU</sup>“ – unter diesem Motto haben wir daher unsere bisherigen Erfolge und die Ziele für die nächsten beiden Jahre zusammengefasst. Denn mit Zuversicht und Vertrauen in unsere Stärken können und werden wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern.

Mit freundlichen Grüßen

Ronald Pofalla MdB  
Generalsekretär der CDU Deutschlands



	Seite
<b>1. Arbeit für alle<sup>©CDU</sup></b>	5
<b>2. Generationengerechtigkeit<sup>©CDU</sup></b>	9
<b>3. Vorfahrt für Familien<sup>©CDU</sup></b>	12
<b>4. Wissensgesellschaft<sup>©CDU</sup></b>	15
<b>5. Globalisierung menschlich gestalten<sup>©CDU</sup></b>	18
<b>6. Lebenswerte Umwelt<sup>©CDU</sup></b>	21
<b>7. Aktive Bürger – Starker Staat<sup>©CDU</sup></b>	24
<b>8. Starkes Europa – Friedliche Welt<sup>©CDU</sup></b>	28

**Zuversicht für Deutschland** ©CDU

**Zwei Jahre Bundesregierung Merkel.**

**CDU**

## 1. Arbeit für alle<sup>©CDU</sup>

### 1.1. Arbeit für alle

... ist für die CDU ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Alle werden gebraucht. Keiner darf ausgegrenzt werden. Arbeit schafft Einkommen und Wohlstand. Für Vollbeschäftigung benötigen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes. Wir brauchen ein Steuersystem mit einfachen, niedrigen und gerechten Steuersätzen. Und wir brauchen Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

### 1.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Die Startbedingungen für die unionsgeführte Bundesregierung waren 2005 nicht einfach; Deutschland war seit dem Jahr 2001 wirtschaftlich nicht vorangekommen. Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum zwischen 0 und 1 Prozent lag Deutschland in Europa meist ganz hinten. De facto wuchs die Wirtschaft nicht mehr – mit dramatischen Folgen für die Menschen: Waren bei Regierungsantritt von Rot-Grün noch 3,9 Millionen Menschen ohne Job, so waren sieben Jahre später, Anfang 2005, 5,3 Millionen Menschen arbeitslos. Nie zuvor waren seit Gründung der Bundesrepublik so viele Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Arbeitslosenquote war eine der höchsten im EU-Vergleich. Verkrustete Strukturen am Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen, steigende Lohnzusatzkosten, ein Übermaß an Bürokratie und zu geringe staatliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur haben diese Zeit charakterisiert.

Diese verfehlte Politik hatte eine ausufernde Neuverschuldung zur Folge, der neue Steuern und Abgaben entgegengesetzt wurden. Die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland war mit einem Satz von ca. 39 Prozent im

internationalen Vergleich viel zu hoch. Das chaotische Steuerrecht führte dazu, dass Unternehmen gar nicht oder falsch investierten, während Großverdiener die zahlreichen Steuerschlupflöcher systematisch nutzen konnten. Die Firmenpleiten lagen auf Rekordniveau.

### 1.3. Das haben wir erreicht

Nach der ersten Hälfte der Legislaturperiode ist unter der unionsgeführten Bundesregierung die Trendwende geschafft und die Konjunktur hat Fahrt aufgenommen:

- Mit einem beachtlichen **Wachstum von 2,9 Prozent** im Jahr 2006 ist die höchste Zuwachsrate seit der Jahrtausendwende zu verzeichnen. Mit prognostizierten etwa 3 Prozent Wachstum für 2007 stehen die Chancen gut, dass Deutschland erstmals seit 15 Jahren wieder über dem EU-Durchschnitt liegt und so wieder zu einer Wachstumslokomotive in Europa werden könnte.
- Wir werden in diesem Jahr rund **1 Million Arbeitslose** weniger haben als 2005. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt – um zuletzt mehr als eine halbe Million binnen Jahresfrist. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Insbesondere junge Menschen profitieren vom Aufschwung, weil sie leichter einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Im europäischen Vergleich haben wir das Tabellenende verlassen und befinden uns mittlerweile wieder im Mittelfeld.

Es ist zu allererst ein Erfolg der Menschen, die diesen Aufschwung durch ihre Leistungen ermöglicht haben. Ein Erfolg von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die vielfach einer Tarifpolitik mit Augenmaß zugestimmt haben. Es ist ein Erfolg von Arbeitslosen und Arbeitsvermittlern, die sich

oft gemeinsam und intensiv um Beschäftigungsperspektiven bemüht haben. Es ist aber auch der Erfolg richtiger politischer Entscheidungen:

### Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik

Unsere Maßnahmen am Arbeitsmarkt verfolgen die Ziele Sanieren, Reformieren, Investieren.

- Die Belastung des Faktors Arbeit durch die Lohnzusatzkosten konnte auf ca. 40 Prozent reduziert werden. Die Anhebung der Mehrwertsteuer trug dazu bei, die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent** abzusenken. Zum 1. Januar 2008 kann der Beitrag sogar auf 3,9 Prozent reduziert werden. Dies macht Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger. Die Unternehmer investieren so eher in neue Arbeitsplätze. Und die Arbeitnehmer haben netto mehr in der Tasche.
- Die unionsgeführte Bundesregierung fördert jetzt steuerlich arbeitsintensive, **haushaltsnahe Dienstleistungen**, private **Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen** im Haushalt und **Kinderbetreuungskosten**. Damit ermöglichen wir neue Arbeitsplätze in Haushalt und Handwerk und bekämpfen zugleich die Schwarzarbeit.
- Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, wird der so genannte **Ausbildungspakt** fortgeführt. Mit dem Job-Starter-Programm wird für eine regionale Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots für Jugendliche gesorgt. Durch die „Initiative 50 plus“ werden Unternehmen ermutigt, ältere Menschen einzustellen.
- Die so genannten Hartz-Gesetze wurden überarbeitet und die Förderung der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus reformiert.
- Die unionsgeführte Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, damit Langzeitarbeitslose schneller vermittelt und besser betreut werden.

### Zielgerichtete Investitionen in die Zukunft

Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche investiert der Bund bis 2009 rund **25 Milliarden Euro** zusätzlich, um Wachstumsimpulse zu setzen. Dabei werden politische Akzente gesetzt, die in besonderer Weise dem Anspruch der Union gerecht werden: Gerade die steigenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprechen unserem politischen Bekenntnis zu Investitionen in die Köpfe und damit in die technologische Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

- Die **Infrastrukturinvestitionen** wurden für diese Legislaturperiode gleichfalls um 4,3 Milliarden Euro ausgeweitet. Zusammen mit den Mitteln für die Gemeinden, für den Transrapid und für das Satellitennavigationssystem Galileo erreichen die Investitionen bis 2009 ein Volumen von jährlich rund 11 Milliarden Euro.
- Durch **Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)** wird zusätzlich privates Kapital für die Finanzierung der Infrastruktur mobilisiert.

### Förderung des Mittelstands

- Mit dem **Programm zur energetischen Gebäudesanierung**, dessen Fördervolumen von bisher 360 Millionen Euro auf jährlich rund 1,4 Milliarden Euro erhöht wurde, wird nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, sondern werden auch Impulse für die Baukonjunktur gesetzt.
- Mit dem **ersten und zweiten Mittelstands-entlastungsgesetz** verringert die unionsgeführte Bundesregierung die Bürokratiekosten für Unternehmen und Verwaltung.

- Bereits im Jahr 2006 wurden die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert, um Investitionen zu fördern.

### Erfolgreiche Steuerpolitik

- Mit der **Unternehmensteuerreform** sinkt die steuerliche Gesamtbelastung für Unterneh-

men vom europäischen Spitzenplatz auf unter 30 Prozent. Damit können wir wieder im europäischen Vergleich mithalten. Erstmals profitieren Personengesellschaften – die vielfach im Mittelstand anzutreffen sind – von den niedrigeren Steuersätzen vergleichbar mit Kapitalgesellschaften (z. B. Konzerne), wenn sie Gewinne im Unternehmen behalten.

- Mit dem neuen **Wagniskapital-Gesetz** werden die Rahmenbedingungen für die Mobilisierung von Wagniskapital für junge Technologieunternehmen (unter 10 Jahre alt und mit Eigenkapital unter 20 Millionen Euro) verbessert.
- Eine **Abgeltungsteuer** von 25 Prozent beendet ab dem 1. Januar 2009 die „Kontenschnüffelei“.

#### 1. 4. Das haben wir noch vor

- Die CDU setzt sich – unter Beachtung des finanziellen Spielraums – dafür ein, dass der **Beitrag zur Arbeitslosenversicherung** nicht nur auf 3,9 Prozent, sondern auf 3,5 Prozent des Bruttolohns oder noch weiter gesenkt wird.
- Wir stellen die rund 80 kostspieligen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit auf den Prüfstand. Die Reduzierung auf fünf bis zehn Arbeitsmarkt-Instrumente ist sinnvoll und möglich.
- Die CDU will durch gezielte Förderung eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital ihrer Unternehmen erreichen.
- Die Einführung von **Kombilöhnen** zunächst für die Gruppen „Jugendliche“ und „schwer Vermittelbare“ ist fest verabredet und soll voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen. Dieser Einstieg in ein Kombilohn-Modell soll gerade auch für gering Qualifizierte die Voraussetzung schaffen, dass sich Arbeiten lohnt, und dass für Unternehmen einfache Tätigkeiten wieder bezahlbar werden.

- Die CDU will den Kündigungsschutz beschäftigungsfreundlicher gestalten und die **betrieblichen Beschäftigungsbündnisse** rechtlich absichern. Arbeitnehmer, Betriebsräte und Unternehmensleitung sollen die Möglichkeit erhalten, zu entscheiden, was für das Sichern oder Schaffen von Arbeitsplätzen am besten ist.

- Die CDU will **sittenwidrige Löhne verhindern**. Dafür müssen die Tarifpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeber, gestärkt werden. Denn es ist ihre Aufgabe, die Löhne zu vereinbaren.

- Die **Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I** wollen wir stärker an der Beitragszeit ausrichten. Wer länger einzahlt, muss auch länger Leistungen erhalten. Im Arbeitslosengeld II müssen die Anreize gestärkt werden, um Hinzuverdienste bzw. den Arbeitseinsatz zu steigern; der häufige Missbrauch der 400-Euro-Jobs in diesem Bereich wird dann zurückgehen.



**Generationengerechtigkeit ©CDU**

## 2. Generationengerechtigkeit<sup>©CDU</sup>

### 2.1. Unsere Politik schafft Generationengerechtigkeit

Wir wollen ein Land, das die Zukunft seiner Kinder sichert und die Leistungen der älteren Generation respektiert. Wir wollen ein Land, in dem der Staat finanziell in der Lage ist, den sozial Schwächeren zu helfen. Unser Ziel ist es, dass die sozialen Sicherungssysteme für die Beitragszahler bezahlbar bleiben und gleichzeitig in ausreichendem Umfang Mittel für die Leistungsempfänger zur Verfügung stellen. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Wenn wir die Verschuldung nicht stoppen, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

### 2.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Unter Rot-Grün hatte sich die Lage der öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Die Neuverschuldung war auf neue Rekordhöhen gestiegen. Jeder Bundesbürger war mit 18.000 Euro verschuldet. Während Bundeskanzler Helmut Kohl für Europa einen Stabilitätspakt zum Schutz solider Finanzen in Europa durchgesetzt hatte, verstieß Rot-Grün Jahr für Jahr gegen diese Regelung. Gleichzeitig ging die Zahl der Beschäftigten zurück und die Arbeitslosigkeit stieg. Waren bei Regierungsantritt von Rot-Grün noch 3,9 Millionen Menschen ohne Job, so waren sieben Jahre später, Anfang 2005, 5,3 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote war im EU-Vergleich eine der höchsten. Das konnte nicht so weitergehen!

Mit einem schweren rentenpolitischen Fehler, wie Gerhard Schröder im Jahr 2003 – viel zu spät – eingestand, startete Rot-Grün in die Regierungszeit: Der demografische Faktor in der Rentenversicherung wurde ersatzlos gestrichen und wertvolle Zeit vertan, um die Rente zukunftssicher zu machen. Erst nach fünf Jahren wurde die

Fehlentscheidung rückgängig gemacht. In der Folge war zum Ende der Regierung Schröder die gesetzliche Rentenversicherung in die schwerste Finanzkrise ihrer Geschichte geraten. Die Regierung Schröder hinterließ gerade in den sozialen Sicherungssystemen ein schweres Erbe. Statt die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen, wurden die immer neuen Finanzlöcher entweder kaschiert oder mit immer neuen Schulden gestopft.

### 2.3. Das haben wir erreicht

Grundlage unserer Politik ist der von der unionsgeführten Bundesregierung verfolgte Dreiklang aus Sanieren, Reformieren, Investieren:

- Wir haben die deutsche Finanzpolitik darauf ausgerichtet, spätestens **2011 ohne neue Schulden für den Bundeshaushalt** auszukommen. Deutschlands Staatsdefizit sank von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2005 auf 1,6 Prozent im vergangenen Jahr. In diesem Jahr wird das Staatsdefizit erstmals seit langem wieder geringer ausfallen als im europäischen Durchschnitt. Für den Bundeshaushalt ist 2007 die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung geplant. Auch unsere Städte und Gemeinden nehmen am allgemeinen Aufschwung teil und gewinnen Handlungsspielräume zurück. Das kommt den Bürgern vor Ort unmittelbar zugute.
- Mit der **Gesundheitsreform 2007** wird das deutsche Gesundheitswesen zukunftsweisend umgestaltet – in den Strukturen, in der Organisation, in den Finanzen und im Bereich der Privatversicherung. Alle Maßnahmen haben das Ziel, die Finanzierbarkeit und die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern sowie Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen.

■ Für die Union ist es wichtig, dass die Konsolidierung der **Rentenversicherung** in einem ausgewogenen Verhältnis von Jung und Alt sowie von Beitrags- und Steuerzahlern stattfindet. Nach zwei Jahren Regierungszeit steht die gesetzliche Rentenversicherung heute wieder auf einer soliden finanziellen Basis. Entscheidend für eine nachhaltige Finanzierung war – neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit – die Anpassung des Renteneintrittsalters an die weiter steigende Lebenserwartung: ab 2012 schrittweise bis 2029 auf 67 Jahre.

■ Mit einem Aktionsprogramm „**Mehrgenerationenhäuser**“ sollen in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt generationenübergreifend nachbarschaftliche Begegnung, familienorientierte Dienstleistungen, Förderung für Kinder und Beratungsangebote für Familien angeboten werden. 200 Mehrgenerationenhäuser haben ihre Arbeit bereits aufgenommen.

## 2.4. Das haben wir noch vor

Wir müssen den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Wir orientieren uns auch in Zukunft an zwei Grundsätzen:

■ Wir orientieren uns an dem Prinzip der **Generationengerechtigkeit**, weil die demografische Entwicklung und der heutige technische Fortschritt dafür sorgen, dass die Auswirkungen des gegenwärtigen Handelns weit in die Zukunft hineinreichen und die Lebensqualität künftiger Generationen beeinflussen. Es gilt, einen fairen Ausgleich zwischen unseren heutigen Interessen und denen unserer Kinder und Kindeskiner zu finden. Das wird die Richtschnur für das Handeln der CDU beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme sowie in der Finanzpolitik sein.

■ Und wir orientieren uns an dem Prinzip der **Leistungsgerechtigkeit**, weil diejenigen, die durch Kindererziehung oder finanzielle Beiträ-

ge in die Sozialsysteme mehr leisten als andere, auch am Ende mehr erhalten sollten.

Die **Pflegeversicherung** muss auch in Zukunft eine verlässliche und bezahlbare Absicherung des Pflegerisikos bieten. Deswegen werden die Demenzkranken stärker berücksichtigt und die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert. Gerade im Umgang mit pflegebedürftigen Menschen zeigt eine Gesellschaft, wie es um ihren sozialen Zusammenhalt bestellt ist. Pflegebedürftigkeit kann durch bessere Vorsorge und Rehabilitation vorgebeugt werden.

Mit Blick auf die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind und im Sinne der Generationengerechtigkeit ist Staatsverschuldung unsozial. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt spätestens ab dem Jahr 2011 **ohne neue Schulden** auskommen. Danach wird auch der Abbau des Schuldenbergs, als zweiter Schritt, angepackt werden.

Unsere **sozialen Sicherungssysteme** gehören zu den großen Errungenschaften unseres Landes. Einfache Reparaturen reichen jedoch nicht mehr aus. Wir müssen sie weiterentwickeln und den Erfordernissen der Zeit anpassen. Nur so sind soziale Gerechtigkeit, eine sichere Rente, medizinische Versorgung für alle und eine gute Absicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit auch in Zukunft noch zu gewährleisten.

**Vorfahrt für Familien ©CDU**

## 3. Vorfahrt für Familien<sup>©CDU</sup>

### 3.1. Vorfahrt für Familien

Kinder sind Zukunft. Sie bereichern nicht nur ihre Eltern, sondern die ganze Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir junge Frauen und Männer, damit sie sich für Kinder entscheiden können. Kinder sind ein großes Glück. Sie dürfen kein Armutrisiko oder berufliches Hindernis sein. Zugleich schreibt die CDU den Familien keinen bestimmten Lebensentwurf vor. Wir wollen für Familien tatsächliche Wahlfreiheit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss ebenso möglich sein wie die volle Konzentration eines Elternteils auf die Kindererziehung zu Hause.

### 3.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Sieben Jahre rot-grüne Bundesregierung waren für Familien mit Kindern verlorene Jahre: Immer weniger junge Familien erhielten nach der Geburt eines Kindes Erziehungsgeld, über eine Million Kinder lebten von Sozialhilfe, und der versprochene Ausbau der Kinderbetreuung ließ auf sich warten.

### 3.3. Wir haben viel für Familien erreicht!

#### Eltern werden finanziell gefördert

- Das **Elterngeld** sichert Eltern nach der Geburt eines Kindes bis zu vierzehn Monate lang finanziell ab; das halbierte Elterngeld auf Wunsch auch bis zu 28 Monate. Es beträgt zwei Drittel des Nettoeinkommens. Geringverdiener und Nichterwerbstätige erhalten ein Mindestelterngeld von 300 Euro pro Monat. Bei weiteren Geburten innerhalb von 36 Monaten wird ein Geschwisterbonus gezahlt.
- **Kinderbetreuungskosten** können seit 2006 steuerlich stärker geltend gemacht werden. Alle Eltern profitieren von dieser Neuregelung.

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen** und private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt werden stärker als bisher steuerlich gefördert.

#### Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert

- 230.000 zusätzliche **Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen** entstehen bis 2010 in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren sollen bis 2013 insgesamt 750.000 **Plätze in Kindertagespflege oder in Krippen** zur Verfügung stehen. 4 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern dafür jährlich zur Verfügung.
- Für den bedarfsgerechten **Ausbau von Ganztagschulen** fließen 4 Milliarden Euro den Ländern bis 2010 zu.
- Die Bundesregierung hat ein Unternehmensprogramm **„Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“** ins Leben gerufen. In einem ersten Schritt zeigen 1.000 Unternehmen positive Beispiele für eine familienbewusste Arbeitswelt.

#### Eltern werden bei der Erziehungsarbeit unterstützt

- Das Bundesprogramm **„Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“** beugt der Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern mit sozialen und gesundheitlichen Risiken wirksam vor.
- Mit einem Aktionsprogramm **„Mehrgenerationenhäuser“** werden generationenübergreifend nachbarschaftliche Begegnung, familienorientierte Dienstleistungen, Förderung für Kinder und Beratungsangebote für Familien angeboten.

### 3.4. Das haben wir noch vor

- Den **Kinderzuschlag** für Geringverdiener wollen wir weiter ausbauen und damit Kinderarmut reduzieren.
- Das **neue Unterhaltsrecht** wird Kinder künftig besser stellen: Kinder stehen bei der Zuteilung des Unterhalts an erster Stelle. Eheliche und nichteheliche Kinder sind gleichgestellt.
- Die **Kinderzulage bei der Riester-Rente** wird von 185 auf 300 Euro jährlich für ab 1. Januar 2008 geborene Kinder erhöht, um die zusätzliche Altersvorsorge von Familien mit Kindern zu verbessern.
- Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder im Alter zwischen ein und drei Jahren zu Hause betreuen wollen, ein **Betreuungsgeld** eingeführt werden.
- Langfristig streben wir die Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem **Familien-splitting** an (ohne Reduzierung des Ehegattensplittings).

**Wissensgesellschaft ©CDU**

## 4. Wissensgesellschaft<sup>©CDU</sup>

### 4.1. Forschung und Bildung sichern Wohlstand

Mit Vorsprüngen bei Innovation und Qualifikation wollen wir die Zukunftsmärkte erobern und neue Arbeitsplätze schaffen. Junge Menschen sollen die Chance auf eine gute Bildung erhalten.

### 4.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Bei den Forschungsinvestitionen war Deutschland im Jahr 2005 im europäischen Vergleich auf Platz 9 zurückgefallen und von dem europäischen Drei-Prozent-Ziel weit entfernt. Für die junge Generation fehlten Ausbildungsstellen; das Angebot wurde zwischen 1998 und 2004 um annähernd 7 Prozent reduziert. Der wissenschaftliche Nachwuchs und die besten Forscher wanderten zunehmend ins Ausland ab.

### 4.3. Das haben wir erreicht

#### Forschung und Innovation

Die unionsgeführte Bundesregierung investiert mehr als 6 Milliarden Euro zusätzlich in Forschung und Entwicklung. Mit der **Hightech-Initiative** fördern wir Innovationen in zentralen Zukunftsfeldern. Besonders große Potenziale liegen in der Automobilbranche, in der Informationstechnik, der Logistik sowie der Medizin- und Biotechnologie. Hightech-Gründungen und der innovative Mittelstand werden verstärkt gefördert. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Die Anzahl der arbeitslosen Ingenieure hat sich nahezu halbiert und das Innovationsklima ist wieder sehr günstig.

#### Wissenschaft und Hochschulen

Wichtige Weichen wurden für die Modernisierung des Hochschul- und Wissenschaftssystems gestellt:

- Mit dem **Hochschulpakt** werden bis 2011 über 91.000 neue Studienplätze geschaffen.
- Die **Exzellenzinitiative** fördert Spitzenhochschulen und Spitzenforschung mit 1,9 Milliarden Euro.
- Mit dem „**Pakt für Forschung**“ erhalten führende Forschungsorganisationen (Max-Planck, Fraunhofer, Leibniz) eine jährliche Anhebung der institutionellen Förderung in Höhe von 3 Prozent bis 2010 garantiert.
- Das **Jahr der Geisteswissenschaften 2007** gibt neue Impulse für Frauen und Nachwuchswissenschaftler und stärkt die deutsche Wissenschaft.

#### Mehr Ausbildungsplätze

Der „**Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs**“ ist bis 2010 verlängert. Die Wirtschaft hat sich verpflichtet, jährlich 60.000 neue Ausbildungsplätze und 40.000 Einstiegsqualifikationen zu schaffen. Mit diesen Schritten geht die CDU konsequent den Weg in die Wissensgesellschaft.

### 4.4. Das haben wir noch vor

- Wir halten daran fest, bis 2010 für **Forschung und Entwicklung** einen Anteil von 3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt zu erreichen. Knapp die Hälfte der Strecke ist geschafft. Aktuell steuern wir auf 2,7 Prozent zu. Mittelfristig wollen wir 4 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung ausgeben.
- Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Damit mehr junge Menschen Chancen auf eine Hochschulbildung haben, werden wir das **BAföG** kräftig erhöhen. Studierende mit Kindern bekommen einen Extrazuschlag.



- Die Gewinnung und Nutzung von Wissen ist heute schon zentral für die Erwirtschaftung von Wohlstand und die Schaffung von Lebenschancen für jeden Einzelnen und für unser Land. **Lebenslanges Lernen** ist der Schlüssel zur Wissensgesellschaft. Deshalb werden wir eine Weiterbildungsprämie einführen und das Weiterbildungssparen über das Vermögensbildungsgesetz ermöglichen.
- 10 Prozent der Schüler eines Jahrgangs verlassen heute die Schule ohne Abschluss, 40 Prozent der Langzeitarbeitslosen sind ohne Schulabschluss oder vergleichbare Qualifizierung. Das wollen wir ändern. In fünf Jahren soll sich die **Schulabbrecherzahl halbieren**. Wir fördern deshalb in Kooperation mit Betrieben Projekte, die Schülerinnen und Schüler verstärkt motivieren, den Schulabschluss zu schaffen.
- Damit wir auch langfristig in Deutschland genügend Fachkräfte haben, wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern, mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und Experten eine **nationale Qualifizierungsinitiative** starten.

**Globalisierung menschlich gestalten<sup>©CDU</sup>**

## 5. Globalisierung menschlich gestalten<sup>©CDU</sup>

### 5.1. Globalisierung gestalten

Die CDU will der Globalisierung ein menschliches Antlitz geben. Wir wollen Globalisierung gestalten. Für die Mehrheit der Menschen eröffnet die Globalisierung neue Chancen. Gerade Deutschland als Exportweltmeister profitiert von der Globalisierung. Aber viele Menschen erleben die Globalisierung als Bedrohung ihres Arbeitsplatzes und der bislang für selbstverständlich gehaltenen sozialen Absicherung. Wir wollen deshalb das bewährte Konzept der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, die einen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Reich und Arm, zwischen Starken und Schwachen zum Ziel hat, auch international zur Geltung bringen. Globalisierung braucht Regeln, um Chancen zu maximieren und Risiken zu minimieren.

### 5.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Die Forderung, Globalisierung zu gestalten, war unter Rot-Grün lediglich ein rhetorisches Feigenblatt.

- Rot-Grün unterstützte die Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder der Welt, doch „frisches“ Geld für die Entwicklungszusammenarbeit gab es nicht.
- Ansätze, der Globalisierung einen sozialen Rahmen zu geben und internationale Standards festzuschreiben, wurden nicht entwickelt.
- Die Menschenrechte standen bei Gerhard Schröder sehr oft hinter wirtschaftlichen Interessen zurück.

### 5.3. Das haben wir erreicht

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich für einen globalen Ordnungsrahmen ein:

- Zur Bewältigung der globalen Herausforderungen wurde die transatlantische Partnerschaft weiter gestärkt. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wurde eine „**transatlantische Wirtschaftspartnerschaft**“ zwischen der EU und den USA vereinbart.
- Die **Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit** wurden deutlich angehoben, seit 2006 um jeweils mehr als 300 Millionen Euro pro Jahr. Im kommenden Jahr wird der Entwicklungsetat nochmals aufgestockt – um 750 Millionen Euro. Dies entspricht einem Zuwachs von 14 Prozent. Diese Erhöhung der Entwicklungsgelder unterstreicht unseren Willen, das international gegebene Versprechen, bis 2010 für die Entwicklungszusammenarbeit 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens aufzuwenden, zu erreichen. Die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission haben sich verpflichtet, zukünftig ihre Entwicklungspolitiken enger aufeinander abzustimmen.
- Das Anliegen der CDU, **gute Regierungsführung** in das Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit zu rücken, hat die Bundesregierung durch ein neues Handlungskonzept umgesetzt. Der Kampf gegen Korruption, gegen Misswirtschaft und gegen Missbrauch öffentlicher Ämter sowie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden zukünftig wieder stärker die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bestimmen.
- Vor allem für Afrika, dessen Menschen besonders unter Armut, Not und Krankheiten wie AIDS leiden, stellt die unionsgeführte Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung. Hilfe für unseren Nachbarkontinent ist auch in unserem nationalen Interesse, denn Elend und Gewalt in Afrika betreffen auch uns in Europa und Deutschland – nicht zuletzt durch wachsende Flüchtlingsbewegungen. So war durch deutsche Initiative Afrika ein Schwerpunkt-

thema beim Treffen der acht führenden Industrienationen in Heiligendamm im Juni 2007 (G8-Gipfel).

- Der G8-Gipfel beschloss unter der deutschen Präsidentschaft auch den so genannten „**Heiligendamm-Prozess**“. Gemeinsam mit den Schwellenländern Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika erörtern die führenden Industrienationen Fragen der Investitionsfreiheit und der Investitionsbedingungen, einschließlich der sozialen Verantwortung von Unternehmen, Förderung und Schutz von Innovation, Energieeffizienz und technologische Zusammenarbeit sowie Entwicklungspolitik. Zudem wurde bekräftigt, dass weitere Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um die Stabilität der Finanzmärkte zu gewährleisten, um ganze Volkswirtschaften besser vor den Auswirkungen von Spekulationsgeschäften zu schützen.
- **Menschenrechtspolitik** wird von Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder ernst genommen: Unsere Bundeskanzlerin trifft nicht nur Staats- und Regierungschefs, sondern auch Menschenrechtsorganisationen in Russland, Kirchenvertreter in China – und auch vor kritischen Worten unter Verbündeten schreckt sie nicht zurück.
- Wir wollen einen stärkeren **Schutz geistigen Eigentums**, insbesondere im Rahmen des „Heiligendamm-Prozesses“, und die internationale Geltung von sozialen und ökologischen Standards sowie die Förderung von verantwortungsvoller Unternehmensführung
- Wir werden verstärkt unsere **nationalen Interessen** wahren. Einerseits wollen und müssen wir die Offenheit und Attraktivität für ausländische Investitionen für den Standort Deutschland erhalten. Andererseits wollen wir mit der Einführung eines besonderen Verfahrens bei problematischen ausländischen Beteiligungen den Schutz unserer nationalen Interessen verbessern.
- Die unionsgeführte Bundesregierung hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit finanziell wieder auf den richtigen Weg gebracht. Zugleich betonen wir, dass auch **Entwicklungszusammenarbeit von Werten** geleitet sein muss.

## 5.4. Das haben wir noch vor

### Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt

Die Soziale Marktwirtschaft ist Markenzeichen und Motor des Wohlstandes in Deutschland. Sie sichert Markteffizienz und Leistungsgerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Verantwortung. Das soll auch in einer globalisierten Welt so bleiben. Nur wenn auf internationaler Ebene Mindeststandards und faire Regeln gelten, wird Deutschland die Früchte seiner nationalen Anstrengungen ernten können.

**Lebenswerte Umwelt** ©CDU

## 6. Lebenswerte Umwelt<sup>©CDU</sup>

### 6.1. Erfolgreiche Umwelt- und Klimapolitik und eine sichere Energieversorgung

Der verantwortungsvolle Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen steht im Mittelpunkt unserer Umwelt- und Klimapolitik. Wir wollen Maßnahmen und Strategien zur Begrenzung der Klimaerwärmung entwickeln. Dabei ist es unser Ziel, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und einen wirksamen Klimaschutz effizient miteinander zu verknüpfen.

### 6.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Umwelt- und Energiepolitik sollten im Zentrum rot-grüner Regierungspolitik stehen, so war es 1998 versprochen. Jedoch fehlten zukunftsweisende Konzepte für Umwelt- und Klimaschutz und für eine nachhaltige Energieversorgung. Vielmehr wurden durch falsche Schwerpunktsetzungen die Energie- und Strompreise in Deutschland in den zurückliegenden Jahren zu einer großen Belastung für die Industrie und die privaten Haushalte. Die Abgaben haben sich im Zeitraum 1998 bis 2005 verfünffacht.

### 6.3. Das haben wir erreicht

#### Klimapolitik

In der Klimapolitik haben wir auf internationaler und europäischer Ebene Meilensteine gesetzt. In Heiligendamm erzielten die G8-Staaten einen Durchbruch beim Klimaschutz:

- Sie wollen die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte reduzieren. Zugleich laden sie die großen Schwellenländer ein, sich an dem Vorhaben zu beteiligen.
- Ende 2009 sollen die Verhandlungen über ein UN-Klimaschutzabkommen abgeschlossen sein.

Damit geht vom Gipfel ein klares Signal aus: Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich.

Unter der **EU-Ratspräsidentschaft** Deutschlands ist es gelungen, die EU-Staaten zu verpflichten,

- den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 europaweit auf 20 Prozent zu steigern und
- gleichzeitig den Ausstoß der Treibhausgase bis 2020 um ein Fünftel zu senken.

#### Energieeffizienz

Mit dem **Aktionsprogramm Energieeffizienz** machen wir einen entscheidenden Schritt. Ziel ist es, die Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln.

Einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz und für die Beschäftigung im Baugewerbe und Bauhandwerk leistet das Programm **zur energetischen Gebäudesanierung**, dessen Fördervolumen von bisher 360 Millionen Euro auf jährlich rund 1,4 Milliarden Euro erhöht wurde. Seit Förderbeginn im Jahr 2006 wurden ca. 340.000 Wohneinheiten energetisch saniert.

Die **Energieforschung** ist einer der Schlüssel für eine nachhaltige Versorgung. Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher die Fördermittel zur Erforschung einer Ressourcen schonenden und klimaverträglichen Energiebereitstellung erheblich aufgestockt. Gefördert werden vor allem Innovationen zur Erhöhung der Energieeffizienz, moderne Kraftwerkstechnologien, energieoptimiertes Bauen, erneuerbare Energien sowie der Forschungsbereich Wasserstoff und Brennstoffzellen.

#### Erneuerbare Energien

Der in Deutschland eingeschlagene Weg, Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu fördern (**„Erneuerbare-Energien-Gesetz“**), leistet einen

beträchtlichen Beitrag zum Klimaschutz. Das für 2010 gesetzte Ausbauziel für erneuerbare Energien in Höhe von 12,5 Prozent ist bereits 2007 erreicht.

Mit der Förderung des **Anbaus nachwachsender Rohstoffe** in der Landwirtschaft leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Schonung fossiler Energieträger und zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung in ländlichen Räumen.

## 6.4. Das haben wir noch vor

### Sichere und bezahlbare Energieversorgung

- Uns ist es ein großes Anliegen, dass den Verbrauchern und der deutschen Wirtschaft eine sichere und umweltverträgliche Energie zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht. Wir setzen auf einen breit geförderten **Energiemix** mit Bezugsquellen aus verschiedenen Weltregionen. Wir halten deshalb auch an der Kernenergie als Brückentechnologie fest, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichenden Umfang verfügbar sind.
- Das neu gestaltete **Energierechtsrecht** hat die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten deutlich verbessert. Mit der GWB-Novelle, der Kraftwerksnetzanschlussverordnung sowie der Anreizregulierung hat die unionsgeführte Bundesregierung ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das den Wettbewerb auf den Strommärkten stärken wird.
- Wir treten dafür ein, die Energievorräte sparsamer zu nutzen, den Ausbau der heimischen erneuerbaren Energiequellen zu beschleunigen und effizientere Erzeugungstechnologien zu entwickeln.
- Durch geeignete Anreize für technologische Innovationen wollen wir den Einsatz von **erneuerbaren Energien** vorantreiben. Bis zum

Jahr 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mindestens 20 Prozent an. Neben dem verstärkten Einsatz der erneuerbaren Energien im Strom- und Treibstoffbereich muss ihr Anteil an der Wärme- und Kältegewinnung erhöht werden. Ziel ist, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung in Deutschland tragen.

- Mit einem nationalen Innovationsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in Höhe von 1 Milliarde Euro in den nächsten zehn Jahren wollen wir die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl verringern.

### Naturschutz

Ein effizienter Naturschutz soll das reichhaltige Naturerbe in Deutschland auch für künftige Generationen bewahren. Daher werden ökologisch wertvolle **Flächen im Besitz des Bundes** in einer Größenordnung von 100.000 Hektar zur Verfügung gestellt. Damit haben die Länder und Naturschutzträger die Möglichkeit, mit der Betreuung dieser Flächen einen wichtigen Beitrag zur Wahrung unseres Naturerbes für kommende Generationen zu leisten.

**Aktive Bürger – Starker Staat** ©CDU



## 7. Aktive Bürger – Starker Staat<sup>©CDU</sup>

### 7.1. Unsere Überzeugung

Die Menschen wollen frei und sicher in unserem Land leben. Das Ziel unserer Politik der inneren Sicherheit ist es daher, mit Augenmaß die Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern. Angesichts der weltweiten Bedrohungen für unsere freiheitliche Art zu leben, greifen innere und äußere Sicherheit immer mehr ineinander.

Deutschland ist ein weltoffenes Land, in dem Deutsche und Ausländer friedlich zusammen leben. Die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund ist für uns eine politische Schlüsselaufgabe. Integration bedeutet die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Deshalb treten wir für die Anerkennung einer Leitkultur in Deutschland ein.

Bürgerliche Freiheit und Soziale Marktwirtschaft dürfen nicht in einer Normenflut ertrinken. Wir lehnen daher einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen zu regeln versucht.

### 7.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Rot-Grün hat auf die veränderte Sicherheitslage in Deutschland seit dem 11. September 2001 nicht angemessen reagiert.

- Die Errichtung einer Visa-Warndatei wurde ebenso verhindert wie eine erneute Kronzeugenregelung und die Antiterrordatei.
- Rot-Grün lehnt bis heute den Einsatz der Bundeswehr in besonderen Gefährdungslagen im Innern ab.
- Mit dem Visa-Erlass hat Rot-Grün in fahrlässiger Weise die Grenzen geöffnet und den Grundsatz „im Zweifel für die Sicherheit“ auf-

gegeben. Die Ideologie des Multikulti war stärker als alle Warnungen vor unkontrollierter Zuwanderung.

- Die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund stagnierte, während die Entwicklung von Parallelgesellschaften zunahm. Ebenso hatte sich die Integration auf dem Arbeitsmarkt rückläufig entwickelt: Mit rund 25 Prozent war die Arbeitslosenquote unter Ausländern im Juni 2005 mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote.
- Immer neue und überflüssige Bürokratie-Projekte wurden in Gang gesetzt, statt das Dickicht von Gesetzen und Vorschriften zu lichten, das Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland schwer belastet.

### 7.3. Das haben wir erreicht

#### Innere Sicherheit/Terrorismusbekämpfung

- Mit dem **Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz** hat die CDU die Instrumentarien zur Abwehr terroristischer Aktivitäten fortentwickelt. Unsere Nachrichtendienste können ihre von Luftfahrtunternehmen, Banken, Post-, Telekommunikations- und Teledienstunternehmen eingeholten Informationen nun auch zur Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Inland einsetzen.
- Die von uns geschaffene **zentrale Antiterrordatei** vernetzt diejenigen Informationen, die zur Abwehr von Terrorgefahr eine Rolle spielen (terrorismusrelevante Informationen) von insgesamt rund 40 Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder.
- Eine **Datenbank zur Identifikation von Ausländern** ohne Pass wurde eingerichtet. Die dort gespeicherten Daten können auch im Rah-

men eines Asylverfahrens, der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr genutzt werden.

- Die CDU ermöglichte die Einführung des **Digitalfunks** für die Sicherheitsbehörden, um mit einem bundesweiten modernen Funknetz die Arbeit von Polizei, Feuerwehren und Rettungskräften noch schlagkräftiger zu machen.

### Integration

Die CDU setzt ihre Politik für eine bessere Integration ganz oben auf die politische Agenda. Wir verstehen Deutschland als Integrationsland.

- Die Botschaft der „Integrationsgipfel“ 2006 und 2007 lautet: Integration ist ein gegenseitiger Prozess des Forderns und Förderns. Ergebnis der Gipfel ist der **„Nationale Integrationsplan“**. Er umfasst mehr als 400 Selbstverpflichtungen von Bund, Ländern, Kommunen, Zuwandererverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen. So soll etwa die Sprachförderung bereits im Kindergarten verbessert, die Zahl der Schulabbrecher verringert und der Anteil von Ausbildungsplätzen in Unternehmen mit ausländischen Inhabern erhöht werden.
- Erst mit dem Zuwanderungsgesetz ist die früher unkontrollierte Zuwanderung gebremst worden. Mit der **Reform des Zuwanderungsrechts** haben wir weitere Maßnahmen zur besseren Integration eingeführt, wie etwa beim Nachzug von Ehepartnern den Nachweis einfacher Deutschkenntnisse vor der Einreise. Zudem wird zur Bekämpfung von Zwangsverheiratungen der Ehegattennachzug davon abhängig gemacht, dass beide Eheleute volljährig sind. Das Zuwanderungsgesetz ermöglicht es, Zuwanderung entsprechend unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zu steuern und zu begrenzen.

### Föderalismusreform

Die Föderalismusreform I ist erfolgreich umgesetzt worden. Die CDU setzte dabei ihre Kernforderungen durch:

- Die Zahl der Zustimmungsgesetze im Bundesrat verringert sich um fast die Hälfte.
- Die neue **Abweichungsgesetzgebung** schafft Spielräume für die Länder, Bundesgesetze im eigenen Land effizienter umzusetzen.
- Der Bund erhält erstmals die Möglichkeit, auf allen umweltpolitischen Kompetenzfeldern Regelungen zu schaffen, wodurch ein einheitliches deutsches **Umweltgesetzbuch** möglich wird.
- Die Länder tragen nunmehr die volle Verantwortung für ihren eigenen öffentlichen Dienst. Sie können nun ihre Verwaltungsstrukturen ohne Vorgaben aus Berlin effizienter organisieren.
- Die Verantwortung der Länder für ihre Haushalte wird wesentlich gestärkt.
- Die Länder erhalten die volle **Zuständigkeit für das Bildungswesen** zurück. Damit wird ein produktiver Wettbewerb der Ideen in der Bildungspolitik gefördert. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe garantiert jedoch eine Evaluation und Vergleichbarkeit der Bildungspolitik der Länder.

### Bürgerschaftliches Engagement/ Ehrenamt

Die CDU hat die steuerlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement maßgeblich verbessert.

- Durch die **Erhöhung von Freibeträgen und Aufwandspauschalen**, durch steuerliche Entlastungen und Entbürokratisierung profitieren sowohl Vereine als auch ehrenamtlich tätige Bürger.
- Auch ein **praxisnahes Gemeinnützigkeitsrecht** ist geschaffen worden. Damit haben wir ein Grundanliegen christlich-demokratischer Politik verwirklicht.

### Nationaler Normenkontrollrat

Ein „Nationaler Normenkontrollrat“ ist auf Initiative der CDU als ehrenamtlich tätiges Gremium beim Bundeskanzleramt eingesetzt worden. Er prüft alle neuen Gesetzesvorhaben sowie bereits bestehende Gesetze auf für die Wirtschaft kostenträchtige bürokratische Belastungen. Ist ein neues Gesetz zu kostspielig, muss nachgebessert werden.

### Sport

Im Kampf gegen Doping wurden schärfere gesetzliche Regeln durchgesetzt. Die Erhöhung des Strafrahmens auf bis zu zehn Jahre für die banden- und gewerbsmäßige Herstellung oder den Vertrieb von Dopingmitteln ist ein klares Signal.

### Opferpension

Mit der Einführung der SED-Opferpension erhalten endlich mehr als 40.000 Menschen, die unter dem SED-Regime besonders schwer gelitten haben und noch heute wirtschaftlich schlechter gestellt sind, eine Anerkennung ihres Schicksals.

## 7.4. Das haben wir noch vor

Nur derjenige, der sicher lebt, kann auch ein Leben in Freiheit führen. Mit weiteren Initiativen wollen wir den Schutz der Menschen in Deutschland weiter verbessern:

- Wir wollen, dass die **Bundeswehr** ihre besonderen Fähigkeiten bei der Bewältigung von terroristischen Gefahren und im Katastrophenschutz dort ergänzend einbringen kann, wo die Mittel der Polizei nicht ausreichen.
- Das Bundeskriminalamt soll zur **Abwehr von Gefahren** des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden können. Zudem wollen wir eine Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen schaffen, um Straftaten, die in der virtuellen Welt des Internets vorbereitet

oder begangen werden, mit geeigneten Instrumenten zu verhindern oder aufzuklären. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum bleiben.

- Wir wollen eine **Visa-Warndatei** zur Bekämpfung der illegalen Einreise- und Schleuserkriminalität errichten.
- Die Möglichkeit einer Strafmilderung oder Strafbefreiung für Kronzeugen soll geschaffen werden.
- Des Weiteren wollen wir die **nachträgliche Sicherheitsverwahrung** erweitern. Danach sollen gefährliche Gewalttäter, die nach Jugendstrafrecht verurteilt worden sind, in nachträgliche Sicherheitsverwahrung genommen werden können, wenn sich ihre Gefährlichkeit erst während der Haftzeit herausstellt.

**Starkes Europa – Friedliche Welt<sup>©</sup>CDU**

## 8. Starkes Europa – Friedliche Welt<sup>©CDU</sup>

### 8.1. Starkes Europa

Wir wollen ein starkes, handlungsfähiges Europa, das den Interessen Deutschlands und seiner Bürger dient. Seit den Anfängen der Europäischen Einigung haben wir Frieden und Freiheit in Europa sichern können. Jetzt kann Europa zu einem starken Partner in der Welt weiterentwickelt werden. Eine internationale Völkergemeinschaft, die der Freiheit, dem Frieden sowie der Durchsetzung der Menschenrechte und Bürgerrechte in der Welt dient, ist im europäischen und deutschen Interesse.

### 8.2. Das schwere Erbe von Rot-Grün

Die rot-grüne Regierung hat in der Europapolitik ein schweres Erbe hinterlassen. Am Ende der Schröder-Jahre befand sich Europa in einer tiefen Krise:

- Der EU-Finanzierungsgipfel war im Juni 2005 gescheitert.
- EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden aufgenommen, obwohl eine türkische EU-Vollmitgliedschaft die Aufnahmefähigkeit der EU überfordert.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde verwässert und von Deutschland vier Jahre hintereinander gebrochen.
- In Europa gingen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zurück, während die Bürokratie zunahm.
- International wurden unter der rot-grünen Regierung Europa, die NATO und die Vereinten Nationen auseinanderdividiert. Die transatlantischen Beziehungen lagen in Trümmern und eine Spaltung in ein „altes“ und „neues“ Europa wurde nicht verhindert.

### 8.3. Das haben wir erreicht

- Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem ersten Auftreten in der EU im Dezember 2005 entscheidend zum **Erfolg des EU-Finanzierungsgipfels** beigetragen. Dabei sparte sie – verglichen mit dem Schröder-Vorschlag vom Juni 2005 – Geld für Deutschland ein.
- Das aus diesem ersten Achtungserfolg gewonnene Vertrauen nutzte sie für die umsichtige Vorbereitung des **EU-Gipfels im Juni 2007**. An dessen Ende stand die Lösung der politisch schwierigen Frage eines neuen EU-Reformvertrages, der die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU sicherstellen wird.
- Die CDU hat durchgesetzt, dass die Aufnahmefähigkeit der EU ein entscheidendes Kriterium für einen EU-Beitritt wurde. Nun gibt es keinen Rabatt mehr bei den **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**. Hält die Türkei nicht Wort, wie z. B. bei der versprochenen Öffnung der Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus Zypern, gibt es klare Sanktionen.
- Die CDU hat den Einstieg in die Konsolidierung der Staatsfinanzen durchgesetzt. Die Neuverschuldung wurde seit 2005 halbiert und 2006 wurde zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** eingehalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Versuche zur Einschränkung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zurückgewiesen. Hinzu kommen Fortschritte beim Bürokratieabbau. Der EU-Verwaltungsaufwand soll bis 2012 um 25 Prozent gesenkt werden.
- Wir haben sowohl für Deutschland als auch für Europa eine **Hochtechnologiestrategie** und einen **Hochtechnologierat** durchgesetzt. Bis 2010 soll Europa 3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Forschung und Entwicklung ausgeben, bis 2015 sollen es 4 Prozent sein.

- Es ist uns gelungen mit dem Wirtschaftsrahmenvertrag ein neues Kapitel in den europäisch-amerikanischen Beziehungen aufzuschlagen. Und die Bundeskanzlerin hat US-Präsident Bush beim **G8-Gipfel in Heiligendamm** durch eine geschlossene europäische Haltung Zugeständnisse beim Klimaschutz abgerungen.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dafür gesorgt, dass **Europa, die NATO und die Vereinten Nationen wieder zusammen an einem Strang ziehen**. Nicht Alleingänge, sondern Beharrlichkeit in vertrauensvollen Partnerschaften führen zu Erfolgen.
- Die Nahost-Friedenskonferenz im Herbst 2007 wird erst der Auftakt zu langen, schwierigen Verhandlungen sein. Deutschland und die EU müssen ihr volles diplomatisches Geschick und Gewicht im Rahmen des **Nahost-Quartetts** einbringen, damit endlich ein umfassender Frieden im Nahen Osten möglich wird.

#### 8. 4. Das haben wir noch vor

Bis zur Europawahl 2009 muss der **neue EU-Reformvertrag** ausgehandelt und danach umgesetzt werden. Außerdem steht 2008/2009 die Überprüfung des Finanzierungssystems, der Agrarpolitik und der regionalen Förderungspolitik der EU auf der Tagesordnung.

- Die **EU-Finanzierung** muss einfacher und gerechter werden.
- Wir wollen die Weichen für mehr Soziale Marktwirtschaft und weniger Planwirtschaft bei der **EU-Agrarpolitik** stellen. Die Bauern brauchen klare Perspektiven, die Bürger einen wirksamen Verbraucherschutz. Die regionale Strukturpolitik wollen wir wirksamer gestalten und mehr auf Forschung und Entwicklung setzen.
- Die CDU hält statt einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU die „**Privilegierte Partnerschaft**“ für den besten Weg einer tragfähigen Zusammenarbeit beider Seiten.
- Wir wollen ein einiges Europa für eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA.
- Die Lösung regionaler Konflikte, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Klimaschutz sind langfristige Aufgaben, die die internationale Völkergemeinschaft nur gemeinsam lösen kann. Deutschland und Europa müssen dabei konstruktive Akteure sein, die zusammenführen statt spalten. Dies gilt insbesondere im November 2007 in Bali bei den Verhandlungen für ein neues **Klimaschutzabkommen**.



